Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Berlin, 08. Februar 2019

Pressemitteilung

Recht auf Homeoffice: Nicht nur reden, sondern handeln

Zum von der SPD angekündigten Recht auf Homeoffice erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik:

Es ist wirklich Zeit für ein Recht auf Homeoffice. Das fordern wir schon lange und dazu haben wir auch bereits einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Die Beschäftigten brauchen mehr Freiheit und mehr Zeitsouveränität, denn von der Digitalisierung sollen nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Beschäftigten profitieren.

Auf die Ankündigung müssen jetzt aber auch Taten folgen. Mit einem Recht auf Homeoffice müssen bestehende Hürden für die Unternehmen abgebaut werden, ohne den Arbeitsschutz der Beschäftigten dadurch zu gefährden. Homeoffice muss immer freiwillig sein und zudem immer nur alternierend. Die Beschäftigten brauchen weiterhin einen festen Arbeitsplatz im Betrieb. Nur so bleiben sie sichtbar, wenn es um Fortbildung oder beruflichen Aufstieg geht und nur so bleiben die nötigen sozialen Kontakte im Betrieb erhalten. Zudem braucht es klare Regelungen, damit auch im Homeoffice tatsächlich jede Arbeitsstunde bezahlt wird und vor allem Freizeit und Arbeit nicht weiter verschwimmt.

Die Vorteile von mehr Selbstbestimmung beim Arbeitsort liegen auf der Hand: bessere Vereinbarkeit, mehr Lebenszufriedenheit, weniger Verkehr, weil lange Fahrtzeiten entfallen. Die Möglichkeit Homeoffice auszubauen ist also sowohl aus sozialen als auch aus ökologischen Gründen empfehlenswert. Mit der Digitalisierung werden die Möglichkeiten im Homeoffice oder mobil zu arbeiten, weiter zunehmen und dem muss die Bundesregierung endlich gerecht werden.